

das noch nicht einmal für den toten. So fiel es seinem ersten demokratischen Nachfolger Václav Havel auch leicht, den roten Zwingherrn aus der nekrologischen Pracht der nationalen Gedenkstätte zu verbannen.

Die Anlage, schon 1907 konzipiert, ist sehr viel älter als die Ära der Kommunisten. Zuerst war nur ein Denkmal für den Hussitenführer Jan Žižka von Trocnov geplant gewesen, der dort mit seinen Haufen im Sommer 1420 ein überlegenes Heer des römisch-deutschen Kaisers Siegmund schlug.

Nach dem Ersten Weltkrieg, als die Tschechoslowakei unabhängig geworden war, stand den Bürgern der Sinn mehr nach einer nationalen Gedenkstätte, die, ähnlich dem Leipziger Völker-

Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten bekam das Nationaldenkmal eine neue Funktion. Um ihren Sinn für historische Kontinuität zu beweisen, ließen die roten Dramaturgen als Unbekannten Soldaten einen Gefallenen aus den Kämpfen am Dukla-Paß bestatten – der ersten Schlacht der Sowjetarmee auf tschechoslowakischem Boden. Außerdem, so sahen sie vor, sollten im Mausoleum „bedeutende Vertreter der Arbeiterklasse“ ihre letzte Ruhe finden.

Schon ein Jahr später, als der bedeutendste, Präsident Gottwald, überraschend starb, hatten es sich die Ideologen anders überlegt: Wie der große Lenin in seinem Glassarg zu Moskau sollte auch Gottwald als Leichnam vom Volk besichtigt werden können.

Der Order auf Räumung durch Havels Präsidialkanzlei kamen die Angehörigen von nur 19 Bestatteten nach. Ein Teil der restlichen 30 Toten hat wohl keine Hinterbliebenen mehr. Die Tochter von Gottwald ließ die Prager Herren wissen: Die Partei habe ihren Vater so oft manipuliert, ohne sie, die Tochter, zu fragen, daß nun auch die Partei allein eine Lösung finden müsse.

Die ist inzwischen gefunden. Die KPČ hat eine Gruft auf dem Prager Zentralfriedhof Olšany gekauft und wird dort demnächst in aller Stille die Urnen des Ehepaars Gottwald und der noch verbliebenen Genossen bestatten.

Was aus dem Nationaldenkmal werden soll, ist noch nicht entschieden. Eine Sanierung würde 130 Millionen Kronen (8,3 Millionen Mark) kosten.

Bleibt es eine Heldengedenkstätte, sollen dort auch die Überreste von Soldaten bestattet werden, die im Zweiten Weltkrieg für eine freie Tschechoslowakei fielen. Neben ihnen will das Bürgerforum als stärkste Prager Partei die Toten des Widerstands gegen das kommunistische Regime ehren.



Abtransport der Gottwald-Urnen*: Von der Partei manipuliert

schlacht-Denkmal, den Kampf um die nationale Freiheit symbolisieren sollte.

Im November 1928 legte der erste Staatschef der ersten tschechoslowakischen Republik, Tomáš G. Masaryk, feierlich den Grundstein. Der Präsident, so die neue Idee, sollte dort in einem prächtigen Mausoleum auch selbst seine letzte Ruhe finden, gemeinsam mit den Kommandanten der Tschechischen Legion, die im Ersten Weltkrieg für die Unabhängigkeit gekämpft hatte.

Masaryk, sonst pathetischen Riten nicht abgeneigt, zog es aber vor, sich im Park seines Sommersitzes Schloß Lány bestatten zu lassen. Der Prunksarkophag auf der Vítkov-Höhe blieb leer. Die deutschen Besatzer nutzten die Gedenkstätte als Lagerhaus und ließen die Mosaiken im Heldensaal verkommen.

* Vorn die Urne von Marta Gottwald, hinten die ihres Mannes Klement.

Die Idee scheiterte kläglich. Entweder waren die bestellten Balsamierer Saboteure oder Dilettanten, möglicherweise lag es auch am feuchten Klima in der Heldengruft: Trotz aller Mühen von zeitweilig 70 Spezialisten verfiel der Leichnam des Berühmten.

So wurde der Plan einer Konservierung aufgegeben, Gottwalds Körper heimlich verbrannt und die Urne mit seiner Asche im Oktober 1962 durch eine Gruppe von Spitzengenenossen im Mausoleum beigesetzt. Parteichef und Staatspräsident Antonín Novotný, aber auch der damals der Öffentlichkeit noch unbekannte spätere Reform-Parteichef Alexander Dubček, waren dabei.

49 Genossen, so kürzlich eine Bestandsaufnahme, fanden seither in dem Mausoleum ihre vorläufig letzte Ruhestätte: außer Gottwald auch seine Nachfolger Antonín Zápotocký und Ludvík Svoboda, Präsident in der Dubček-Zeit.

Schweiz

Schwarzer Schatten

Das eidgenössische Gegenstück zu den Geheimsoldaten der Nato hieß P-26 – eine private Truppe, heimlich finanziert aus der Bundeskasse.

Der Vorgang, drohte General Jörg Zumstein, Oberbefehlshaber der eidgenössischen Streitmacht von 1981 bis 1985, „berührt das biologische Grundmuster unserer staatlichen Gemeinschaft. Fiat iustitia – pereat res publica.“ Zu deutsch: „Das Recht muß seinen Gang nehmen, auch wenn der Staat darüber zugrunde geht.“

Das Recht, das nach Ansicht des altphilologisch gebildeten Generals die Grundfesten der Eidgenossenschaft bedroht, steht in einem parlamentarischen Untersuchungsbericht. Er enthüllt vielfältige geheime und zum großen Teil illegale Machenschaften rabiaten Kalter Krieger im Eidgenössischen Militärdepartement (EMD), dem Verteidigungsministerium, vor allem das „Projekt 26“, eine streng geheime Truppe mit einem Sollbestand von 800 Mann, die Zumstein seit 1981 aufbauen ließ.

Eine parlamentarische Untersuchungskommission, die in den letzten sieben Monaten in die dunklen Ecken der Vaterlandsverteidiger leuchtete, entdeckte eine regelrechte Bürger-

kriegsarmee. In Kellern von Mietshäusern, in Walddepots und Lagerhallen hielten die Geheimen Hunderte von Maschinenpistolen, Killergewehren mit Zielfernrohren, dazu Sprengstoff und Panzerabwehrwaffen griffbereit.

Im Notfall, so stellte sich ihr Erfinder vor, sollten die Männer „den Widerstand im feindbesetzten Gebiet“ organisieren, eine Aufgabe, die seit 1950 zu den Lieblingsideen eidgenössischer Militärs und Beamter gehörte.

Am 30. Juni 1979 hatte Richard Ochsen, Chef der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (Una) des Verteidigungsministeriums, den Basler Juristen Efreim Cattelan zum Kommandanten des „Projekts 26“ (P-26) berufen. Der Generalstabsobers gab seinen Job als Vizedirektor der National-Versicherung auf und gründete zur Tarnung eine Einzelfirma namens Consec. Das Mini-Unternehmen ohne Sekretärin bezog ein bescheidenes Büro in der vierten Etage des Hauses Bäumleingasse 2, mitten im Geschäftszentrum von Basel.

Anderthalb Jahre später brachte Generalstabschef Zumstein P-26, wie er das heute nennt, „zur Reife“. In einem Grundlagenpapier beschrieb er die supergeheime Truppe als Kaderorganisation, die im Krisenfall auf eine größere Guerillastreitmacht zurückgreifen sollte.

Cattelan legte sich den Decknamen „Rico“ zu und wandelte seine Tarnfirma in eine Aktiengesellschaft um. Zweck laut Handelsregister: „Personal- und Kaderschulung usw.“ Unterstützt von einigen Getreuen, entwarf der begeisterte Miliz-Offizier Pläne zur „Rückeroberung des besetzten Landes“ – nach Zumsteins Konzept unabhängig von Regierung und Militär.

Zumstein reichte die Studie nie an seinen Vorgesetzten, den Verteidigungsminister, weiter. Auch dessen Nachfolger erhielten nie Kenntnis davon. Erst die parlamentarische Untersuchungskommission fand heraus, daß jährlich mehrere Millionen heimlich in die Widerstandsgruppe investiert wurden, 1989 waren es 10,7 Millionen Franken, in früheren Jahren nicht viel weniger.

Viele bürgerliche Parlamentarier finden nichts Skandalöses an solchen Machenschaften: „Das war eben die Zeit des Kalten Krieges“, meinten sie und dankten den Freiwilligen sogar für ihren „beispielhaften Patriotismus“.

Die Mitglieder der Untersuchungskommission sind da anderer Ansicht. Der Zeitgeist, schrieben sie in ihren 300-Seiten-Bericht, könne die zahlrei-



P-26-Förderer Zumstein
„Auch wenn der Staat zugrunde geht“



Verteidigungsminister Villiger*: Profis am Werk

chen und rücksichtslosen Rechtsverletzungen nicht rechtfertigen. „Ich war schockiert, daß so etwas möglich ist“, sagte der Vorsitzende, der Appenzeller Christdemokrat Carlo Schmid. Er sei froh, der „konspirativen Atmosphäre“ entronnen zu sein, die während der Recherchen „wie ein schwarzer Schatten“ auf ihm gelastet habe.

Die Untersuchung wurde von den Geheimen gegen den Befehl des Verteidigungsministers nach Kräften behindert. „Man hat mit uns Blindenkuh gespielt“, so eine Abgeordnete. Die Bundeskanzlei versuchte, ohne Erfolg, als Protokollführer einen Una-Spitzel in die Kommission einzuschleusen.

Besonders schlimm fanden die Abgeordneten, daß zu den Szenarien, auf die

* Mit Sturmgewehr beim Schützenfest 1990 in Winterthur.

sich die Widerstandskader in geheimen Kursen vorbereiteten, auch der Fall eines „Umsturzes im Innern durch Unterwanderung“ gehörte. Da es keine klaren Richtlinien über die Befehlsgewalt gab, sei möglich gewesen, daß der P-26-Führer oder seine Helfer von sich aus hätten losschlagen können.

Linke und Grüne fragen nun, ob Mitglieder der Geheimtruppe ihre Hand im Spiel hatten, als in der Nordwestschweiz Strommasten gesprengt und prominente AKW-Gegner bedroht wurden. Die Untersuchungsorgane sahen damals, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um das geplante AKW Kaiser-augst, „Profis“ am Werk, ließen die Suche nach den Tätern jedoch einschlafen.

EMD-Chef Villiger wies den Verdacht sofort als „haltlos“ zurück, daß die Geheimarmee versucht habe, die AKW-Gegner durch Provokation in Verruf zu bringen. Der P-26-Kommandant sei ein „seriöser und besonnener Mann“.

Was den Verteidigungsminister so sicher macht, ist allerdings unklar. Denn Efreim Cattelan war lediglich dem Generalstabschef persönlich bekannt. Villiger und seine Vorgänger kannten nicht einmal seinen richtigen Namen.

Für seine geheimen Dienste erhielt Cattelan „im Auftragsverhältnis“ jedes Jahr 240 000 Franken Honorar, etwa gleichviel wie die oberste Armeeführung. Auch die übrigen Mitglieder des verschworenen Haufens, die Mehrheit Offiziere, viele Angestellte des EMD, wurden reichlich bedacht: mit 100 Franken pro Trainingstag, 20mal soviel Sold wie ein Soldat der Armee.

Um im Notfall finanziell über die Runden zu kommen, konnte die Geheimtruppe auf eine eigene Kriegskasse zurückgreifen – gefüllt mit Feingold-Plättchen für drei Millionen Franken.

Wie die zivilen Schnüffler von der Bundespolizei waren die militärischen Una-Agenten auch im Inland tätig. Sie bespitzelten linke Parteien, die Friedensbewegung, die „Ärzte für soziale Verantwortung“, fortschrittliche Juristen und Frauenverbände.

Im März 1989 versuchte der Beschaffungschef der Una, den Journalisten Andreas Kohlschütter als Spitzel anzuwerben. Er sollte die als links geltende Schweizerische Journalistinnen- und Journalisten-Union infiltrieren und die Friedensbewegung ausforschen.

Kohlschütter lehnte ab und brachte mit einem Bericht über sein Erlebnis die Untersuchung gegen die geheimen Vaterlandsverteidiger erst richtig in

Gang. Im Mai 1989 observierte ein Unamann eine Woche lang die in Basel tagende Konferenz „Friede in Gerechtigkeit“, an der Tausende Christen aller Konfessionen aus West- und Osteuropa teilnahmen. Und im August suchte ein anderer Agent am Kongreß der Internationalen Anwaltsunion in Interlaken Kontakt zu osteuropäischen Juristen.

Die Beteuerungen des Verteidigungsministers und seiner Generale, die Una betreibe keine Aufklärung im Inland, waren damit widerlegt. Wie umfassend diese Tätigkeit war, konnte die Kommission allerdings nicht feststellen.

Offen ließ sie auch die Frage, wie stark die Geheimen im EMD mit den Nato-Widerstandsgruppen des Typs „Gladio“ verbandelt sind. Keiner der als Zeugen verhörten Militärs gestand eine Zusammenarbeit ein. Zumstein verwies auf die „neutralitätspolitische Unzulässigkeit“ einer solchen Verbindung.

Zugegeben wurde nur, daß mit Großbritannien bei Ausbildung und Ausrüstung eine ausgedehnte Kooperation bestand. Britische Instrukturen unterwiesen die Eidgenossen in Sprengtechnik und konspirativem Verhalten, in geräuschlosem Töten und psychologischer Kriegführung. 1987 kaufte die Schweiz für 20 Millionen Franken deutsche Funkgeräte des Typs „Harpoon“ – dieselben, welche die „Stay Behind“-Organisationen der Nato verwendeten. Die Bestellung gaben die Briten auf.

Bewiesen, fand die Kommission, sei damit noch nichts. Sie verlangte aber weitere Aufklärung. Immerhin ist der Kauf nur sinnvoll, wenn eine Verbindung zu den Nato-Widerständlern geplant war. In England betrieb die CIA für die „Stay Behind“-Gruppen der Allianz eine „Harpoon“-bestückte Kommandozentrale.

Die Schweizer Armee kann mit den Geräten nichts anfangen. Sie verstauben in einem P-26-Magazin.

Dänemark

Echtes Horrorstück

Skurrilstes Wahlbündnis in Europa: Ultrarechte Ausländerfeinde und ultralinke Populisten kandidieren gemeinsam.

Für Mogens Glistrup, 64, war es „eine epochale Landgewinnung in Demokratie“. Die konservative *Berlingske Tidende* hingegen schauderte es: „ein echtes Horrorstück“, und zwar „einmalig in der Weltgeschichte“.

Glistrup, in den siebziger Jahren bekannt gewordener „Finanzrebell“, der

dafür eintrat, keine Steuern zu zahlen, hatte vorletzten Freitag ein Wahlbündnis besiegelt, das auch in der notorisch verworrenen politischen Landschaft Dänemarks ohne Beispiel ist.

Um bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 12. Dezember seinen Sitz im Reichstag (Folketing) zu behaupten, verbündete sich der zwielichtige Anwalt, der 1983 bis 1985 eine Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung absitzen mußte, mit der Linkspartei „Faelles Kurs“ (Gemeinsamer Kurs) des rauhebeinigen Chefs der Seeleute-Gewerkschaft, Preben Møller Hansen.

Zu diesem politischen Spagat sah sich Glistrup veranlaßt, nachdem man ihn wegen seiner Rechtslastigkeit aus der Parlamentsfraktion der von ihm selbst gegründeten rechten Fortschrittspartei

grenze und der obligatorischen „Volkspension“ sowie „Sicherung der dänischen Grenze gegen die unkontrollierte Einwanderung“. Glistrup sieht Ausländerinnen als „Legehennen“ an und fürchtet „die Ausrottung des Dänentums durch die Mohammedaner“.

Nach Meinungsumfragen könnte die paradoxe Liste, auf der nicht einmal die Parteimitgliedschaft der Kandidaten vermerkt ist, durchaus den Sprung über die zweiprozentige Sperrklausel in den Reichstag schaffen. Denn die regierenden Konservativen, Liberalen und Radikalliberalen sowie die oppositionellen Sozialdemokraten tun sich schwer, ihre Positionen zu verdeutlichen.

Nach zweimonatigem Tauziehen um die geplante Steuerreform waren die



Wahlpartner Møller Hansen, Glistrup: „Demokratisches Herz“

ausgeschlossen hatte. Zwar rief Glistrup flugs eine neue Gruppierung mit dem schillernden Namen „Trivselsparti“ (etwa: „Wohlergehens-Partei“) ins Leben, aber er schaffte es nicht mehr, die erforderlichen gut 19 000 Unterschriften für die Zulassung zur Parlamentswahl beizubringen.

So blieb ihm nur der Versuch, über eine Listenverbindung erneut ins Parlament zu gelangen: „Natürlich sind wir in vielen Punkten zutiefst uneins. Aber entscheidend für uns war, daß der Seemann (Møller Hansen) ein demokratisches Herz gezeigt hat“, erläuterte Glistrup seinen Schwenk.

Der „Minimalkonsens“, auf den sich die beiden schillerndsten Politiker Dänemarks einigten: Volksabstimmung über die EG-Mitgliedschaft „bei drohendem dänischen Souveränitätsverlust“, Abschaffung des Militärs, Erhöhung der steuerfreien Einkommens-

bürgerliche Minderheitsregierung und die Sozialdemokraten nur noch durch eine Winzigkeit voneinander getrennt gewesen: Die Regierung wollte den Spitzensteuersatz von 68 Prozent um 4 Prozent herabsetzen, die Sozialdemokraten nur um 2 Prozent. Die kleine Kluft aber erwies sich als unüberwindlich.

Von den wieder einmal vorgezogenen Wahlen – den dritten innerhalb von gut drei Jahren – erhoffen sich die Sozialdemokraten, nach über acht Jahren in der Opposition, endlich die Rückkehr an die Macht. Mit Blick auf dieses Ziel hat sich die Partei einen neuen Stil zugelegt, der sie in die Nähe der Konservativen zu rücken scheint.

So zeigte sich Parteichef Svend Auken, 47, bislang wegen seiner scharfen ironischen Repliken gefürchtet, plötzlich als zurückhaltender Staatsmann. „Seid doch etwas freundlicher zueinander“.